



Fraktion DIE LINKE
im Ostalbkreis

**Stellungnahme
zum
Kreishaushalt
2024**

Cynthia Schneider, Fraktionsvorsitzende

Wir halten an dem Menschheits Traum fest, eine bessere Welt für alle ist auf der Ostalb möglich.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,
Sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Kurz,
sehr geehrte Dezernentinnen und Dezernenten,
liebe Kreistagskolleginnen und -Kollegen,

„Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung.“
– von Heraklit.

Transformationstreiber wie die Digitalisierung, die Globalisierung, der demographische Wandel in unserer Gesellschaft und die noch anhaltende Konsequenzen aus der Covid-19 Pandemie sowie der Ukraine Krieg verändern die Wirtschaftswelt und somit stets auch die politischen Rahmenbedingungen.

Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten sowie mutige zukunftsweisende finanzielle Entscheidungen werden dadurch enorm eingeschränkt.

Bei Ihrer Einbringung des Haushaltes haben Sie, lieber Herr Landrat Bläse, in Ihren Kernbotschaften skizziert, dass zum Haushaltsjahr 2024: - ich zitiere...

„erstmals in der Geschichte des Ostalbkreis ein **negativer Ergebnishaushalt**“ eingebracht werden muss.

Allein dies zwingt alle Akteure, insbesondere auch uns, die Kreistags- und Stadtratsmitglieder des Ostalbkreises, in komplett anderen Sphären zu denken und einen komplett anderen Blick, auf den Haushalt 2024 zu haben.

Darüber hinaus ist dies die letzte Stellungnahme zum Haushalt in dieser Legislaturperiode, also auch Zeit für einen kurzen Rückblick. Ich entführe Sie kurz in die Vergangenheit und möchte an einzelne Punkte aus den zurückliegenden Stellungnahmen unserer Fraktion zum Haushalt erinnern.

Zum Haushaltsjahr 2023:

„Weil Kommunalpolitik systemrelevant ist, müssen wir unsere Stimme erheben und unsere Forderungen zur Finanzierung kommunaler Aufgaben gegenüber dem Bund und dem Land geltend machen.“

Zum Haushaltsjahr 2022:

„Mitmachen, Mitgestalten und Verantwortung übernehmen“ – war die Ausrichtung „ÖPNV neu denken“!

Zum Haushaltsjahr 2021:

„Durch die Forderungen der Partei DIE LINKE auf Bundesebene ist der Schutzschirm für die Kommunen überhaupt erst auf den Weg gebracht worden.“

Was möchte ich Ihnen damit verdeutlichen?

Vier Jahre in Folge wurden und werden die finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Kommunen durch den BUND / Land nicht weiter ausgebaut und verbessert. Andererseits müssen die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen und man erwartet, dass das Abarbeiten innerhalb der kommunalen Familie geschehen soll. ABER leider ohne einen großen BRUDER, auf den man sich verlassen kann. Der einem den Rücken stärkt. Ohne bzw. mit zu wenig finanziellen Mitteln und dadurch mit sehr eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeiten sind uns oft die HÄNDE gebunden. Diese Entwicklung macht mir persönlich enorm Sorge. Denn sie ist rückschrittig! Gemeinsam dürfen und müssen wir dafür kämpfen und zusammen eintreten, dass unsere kommunale Autonomie und somit unsere Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeit, die WIR als Kommunalpolitikerin und Kommunalpolitiker haben sollten, leider erheblich eingeschränkt ist.

Unter den Bedingungen, in denen wir alle, oft massiv an Gestaltungsmacht verlieren, ist Zündstoff.

Zündstoff innerhalb unserer Gesellschaft,

Zündstoff innerhalb des Wirtschaftssektors und

Zündstoff für Wachstum & Innovation, in unserer Region.

Wir als Fraktion DIE LINKE, haben uns dafür entschieden zu folgenden drei Themen- und Handlungsfeldern Stellung zu nehmen

1. Wirtschaft,
2. ÖPNV,
3. Kliniken.

Leider ist hier die eben skizzierte Realität ausschlaggebend gewesen und trägt weitreichende Konsequenzen der Forderungen und Entscheidungen mit sich.

Der finanzielle Rahmen, bzw. ein negativ zu erwartender Haushalt und noch nicht quantifizierte Zuschuss- und Fördergelder die zu erwarten sind, machen die Stellungnahmen zu einem Tanz auf dem Drahtseil.

Wirtschaft:

Unsere größte Kraft liegt in unserer Region selbst. Wir alle leben und arbeiten hier. Hier sind wir ZUHAUSE. Wir leben, lieben und lachen mit unseren Familien unseren Freunden in unserem Vereinsleben und fast täglich zusammen mit unseren Arbeitskolleginnen und Kollegen.

Der Ostalbkreis hat durch sein Transformationsnetzwerk und dem regional geförderten Projekt als starker Treiber den industriellen Umbau in unserer Region angefacht. Leider ist die Förderung der Netzwerke vom Bund nur bis 2025 genehmigt. Wir fordern den Bund nachdrücklich auf, längere Förderungsperioden und mehr finanzielle Möglichkeiten zur Ausstattung der Netzwerke und Projekte, den Kommunen zur Verfügung zu stellen! Es kostet Zeit und Geld, bis die regionale Strukturpolitik Wirkung entfalten kann.

WIR hier zusammen in unserer Region, ob als Arbeitgeber, Kammer, Gewerkschaft, Weiterbildungsverbund, Schule, Hochschule, Landrat, Bürgermeisterin und Bürgermeister gestalten JETZT unsere Zukunft. Wir wollen frühzeitig erkennen und demzufolge passgenau unsere Wirtschaftsregion weiterentwickeln. In dieser schnelllebigen Zeit fallen gestern, heute und morgen Entscheidungen und in Sekundenschnelle müssen andere Strategien erarbeitet werden, andere Ansätze und neue Methoden kristallisieren sich heraus. JETZT muss und soll in all unseren

Betrieben qualifiziert werden, denn erst dadurch werden und bleiben unsere Ausbildungs- und Arbeitsplätze gesichert!

Dies ist die Quintessenz einer florierenden regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik.

Der Ostalbkreis, sprich Wir sorgen für sichere Jobs! Damit ist die Beschäftigung im Kontext des industriellen Umbaus in der Region gesichert. Wir haben uns auf den Weg gemacht. Belegschaften diskutieren über alternative Produkte. Talente und Patente werden geboren und reifen heran. Weiterbildung wird durch eigene Modelle über Betriebsgrenzen hinweg vernetzt.

Mobilität und unser ÖPNV:

365,- € Ticket, Seniorenticket, Schülerticket, Deutschlandticket, Nahverkehrsplan, Ausbauwünsche, Brenzbahn, Rems- und Obere Jagstbahn, Radwegenetz, Taktzeiten, Busunternehmen, Mitfahrerbankle – Einfach gesagt - **OSTALB MOBIL!**

Ja ich sehe schon, dass einzelne hier im Raum bei den Schlagwörtern schmunzeln müssen... Ich kann mich noch an Debatten erinnern in denen uns, als DIE LINKE, überzogene Forderungen im ÖPNV vorgeworfen worden sind und nun... im November 2023 ???

Das Land antwortet mit dem Mobilitätspass, der auf allen Ebenen einfach ungenügend und nicht durchdacht ist. Der BUND streitet über die weitere Finanzierung des 49,- € Tickets. Busunternehmen schließen, andere kommen als Verbund zusammen. Fachkräftemangel, Pausen und Fahrzeiten des Fahrpersonals lässt uns täglich als Künstler in dem Themenbereich auftreten. Denn die Erwartung an uns ist, dass der OSTALBKREIS dafür zu sorgen hat, dass alle Bürgerinnen und Bürger sicher, pünktlich und vor allem umweltschonend bei der Schule, in der Ausbildung und auf der Arbeit ankommen. Bisher haben wir viel getan, waren kreativ, haben Mehrheiten gefunden und mussten dann leider spüren und erfahren, dass entweder alles anders gekommen ist und / oder unsere Konzepte und Ideen überholt und hinfällig sind. Dagegen müssen wir uns stellen. Wir haben unseren ÖPNV neu gedacht wir haben für unseren ÖPNV eine VISION – nun fehlt es an der Möglichkeit, es wieder auf unsere **„OSTALB-ART“** eigenständig und vor allem durchfinanziert so zu bedienen, so wie wir es entwickelt haben.

Kliniken:

Der Handlungsbedarf für unsere Klinikstruktur steigt auf Grund immer größerer Defizite von ca. 43 Mio.€ in 2023 enorm! Selbst wenn es gelingt, das Defizit unter großen Anstrengungen auf rund 35 Mio.€ zu reduzieren, muss die Diskussion um ein schlüs-

siges Gesamtkonzept für eine zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung nach über 2 Jahren endlich in die „Zielgerade“! Die Fraktion DIE LINKE steht ausdrücklich zu dem am 25.07.23 gefassten Beschluss, mit einem zentralen Regionalversorger, zwei Grundversorgern und einem haus-/fachärztlichem Zentrum in Bopfingen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung auf der Ostalb sicherzustellen.

Die seit Jahren anhaltende, vor allem die aktuelle defizitäre Situation birgt hohe Risiken nicht nur für den Kreishaushalt, sondern auch für den weiteren Prozess. Im Moment sind es nur einzelne Stimmen, die eine Privatisierung als Alternative oder Ausweg aus der Finanzkrise in die weiteren Überlegungen einbeziehen möchten. Für DIE LINKE Anlass genug, um nochmals an unsere Grundpositionen zu erinnern:

1. Die klinische Gesundheitsversorgung muss im Ostalbkreis in kommunaler Trägerschaft erhalten bleiben!
2. Um eine gute, hohe qualitative und zukunftsfeste Versorgung sicherzustellen, braucht es die zielgerichtete Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 25.07.23.
3. Die künftige inhaltliche Ausgestaltung der Grundversorger und des Regionalversorgers muss im 1. Quartal 2024 entschieden werden.
4. Dieser Zeitplan soll auch für die Entscheidung für die Standortfrage des zentralen Regionalversorgers gelten. Die Standortalternativen „Grüne Wiese“ oder „Kombilösung am Ostalbklinikum“,

inklusive der jeweiligen verkehrstechnischen Erschließung sollen durch einen neuen Gutachter zu einer Entscheidungsreife und Entscheidungsempfehlung führen.

5. An Übergangskonzepten bis zum Betrieb des Regionalversorgers muss aus medizinischen, personellen und Wirtschaftlichkeitsgründen zügig weitergearbeitet werden.

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass wir unter den realen finanziellen Auswirkungen aufgrund der Pandemie, der Energiekostenexplosion, der Leitzinserhöhungen der EZB und der anhaltenden nicht ausgeglichenen Konnexität in vielen Handlungsfeldern, die ABER unsere Grundaufgaben sind, wir uns vom Bund gefühlt auf der kommunalen Ebene abgehängt und allein gelassen sehen. Dies macht uns täglich in unserm TUN zu Künstlern oder fast schon, besser formuliert, zu Magiern. Wir debattieren, wir organisieren Mehrheiten, um unter den Bedingungen trotzdem sämtliche Wünsche und Hoffnungen unserer Bürgerinnen und Bürger in unserer Ostalb Familie zu verwirklichen und zu manifestieren. Deshalb sind WIR und bleiben WIR im Ostalbkreis, Motor für unserer Städte und Gemeinden.

Deshalb ist in diesem Kontext, eine wichtige und auch schwerwiegende Entscheidung, die **Erhöhung der Kreisumlage**. Für das Haushaltsjahr 2024 soll diese um **2,35%** Punkte steigen. Nur so ist und bleibt unser Ostalbkreis handlungsfähig, um der Motor zu sein. Der Kern ist und bleibt eben unsere kommunale Solidargemeinschaft. Dies zeigt und macht deutlich, dass die anstehenden Investitionen, aber auch die finanziellen ENTSCHEIDUNGEN in den einzelnen Bereichen und Aufgabenfeldern – und wenn sie uns auch persönlich manchmal nicht gefallen – **unumgänglich** sind, um die **ZUKUNFT** für alle im **Ostalbkreis zu schaffen und zu gestalten**. Gerade in Krisenzeiten, ist der Zusammenhalt ein wichtiger Indikator. Die Haltung und die Handlungen der Einzelnen sorgen dafür, dass Vertrauen in der Gesellschaft aufgebaut werden kann, damit dieser Ostalbkreis gesellschaftspolitisch unsere Heimat ist und bleibt.

Ich werde nun zum Schluss unserer Stellungnahme kommen. Wie Sie sicherlich alle bemerkt haben, hat sich die Fraktion DIE LINKE im Kreistag erneut dazu entschieden auch für 2024 keinen haushaltswirksamen Antrag zu stellen. Dies ist erneut ein Zeichen aus unserer Fraktion, dass uns sehr wohl bewusst ist, in welcher Verantwortung wir stehen, was es bedeutet aufgrund der finanziellen sehr angespannten Situation viele Abstriche zu machen. Wir möchten damit das Zeichen setzen, dass bevor wir Gelder in die Hand nehmen für zusätzliche Wünsche – soll das

GELD nur für unsere Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis genutzt werden.

DENN SOLIDARITÄT BEDEUTET: DAS EINTRETEN FÜREINANDER - NIEMAND WIRD ZURÜCKGELASSEN UND DIE, DIE AM WENIGSTEN HABEN, MÜSSEN AM MEISTEN GESCHÜTZT WERDEN. -

Nun ist es Zeit, für die zurückliegenden Jahre in dieser Legislatur, DANKE zu sagen. DANKE an meine Fraktion, und DANKE an Euch liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag.

Unser **DANK** richtet sich vor allem an Sie, liebe Mitarbeiter*Innen der Kreisverwaltung.

Weiterhin gilt unser Dank selbstverständlich Ihnen Herr Landrat Bläse, mit ihrem gesamten Team sowie Ihnen Herr Kämmerer Kurz. Danke liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, danke liebe Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis.

Die Schwächung und Spaltung innerhalb unserer Gesellschaft ist ein Kraftakt für alle, das wird uns gemeinsam fordern, hier stetig Farbe zu bekennen und alles aufzuwenden, um dagegen zu halten. Denn jetzt sind wir als Kommunalpolitiker*Innen gefordert gemeinsam UNS und unsere DEMOKRATIE zu schützen.

Da finde ich den Spruch von Antoine de Saint-Exupery im Kleinen Prinz sehr passend:

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern MÖGLICH machen!“

Das haben WIR definitiv gezeigt!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'C. Schneider', written in a cursive style.

Ihre Cynthia Schneider

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Kreistag des Ostalbkreis